



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 28. Oktober 2016
(OR. en)

13240/16
ADD 1

PV/CONS 49
JAI 829
COMIX 666

ENTWURF EINES PROTOKOLLS

Betr.: **3490.** Tagung des Rates der Europäischen Union
(Justiz und Inneres)
vom 13. und 14. Oktober 2016 in Luxemburg

TAGESORDNUNGSPUNKTE MIT ÖFFENTLICHKEIT DER BERATUNGEN¹

Seite

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

A-PUNKTE (Dok. 12931/16 PTS A 75)

1. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Ersetzung der Listen von Insolvenzverfahren und Verwaltern in den Anhängen A und B der Verordnung (EU) 2015/848 über Insolvenzverfahren [erste Lesung] 4
2. Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über europäische Erdgas- und Strompreisstatistiken und zur Aufhebung der Richtlinie 2008/92/EG [erste Lesung] 4
3. Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Einführung eines europäischen Reisedokuments für die Rückkehr illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger und zur Aufhebung der Empfehlung des Rates vom 30. November 1994 [erste Lesung] 4
4. Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Prozesskostenhilfe für Verdächtige und beschuldigte Personen in Strafverfahren sowie für gesuchte Personen in Verfahren zur Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls [erste Lesung] 5

B-PUNKTE (Dok. 12926/16 OJ/CONS 48 JAI 804 COMIX 648)

INNERES

3. Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems 6
 - a) Dublin
 - b) Aufnahmebedingungen
 - c) Anerkennung
 - d) Verfahren
 - e) Eurodac
 - f) EASO
4. Neuansiedlungsrahmen: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Neuansiedlungsrahmens der Union und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 516/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates [erste Lesung]..... 7

¹ Beratungen über Gesetzgebungsakte der Union (Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union), sonstige öffentliche Beratungen und öffentliche Aussprachen (Artikel 8 der Geschäftsordnung des Rates).

5. Maßnahmen der Informationstechnologie (IT) hinsichtlich des Grenzmanagements	7
a) Systematische Kontrollen an den Außengrenzen	
b) Einreise-/Ausreisefsystem (EES)	
6. Sonstiges	7

JUSTIZ

11. Europäische Staatsanwaltschaft: Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft	8
12. Schutz der finanziellen Interessen der Union: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Europäischen Union gerichtetem Betrug [erste Lesung].....	8
13. Sonstiges	8

*

* * *

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

A-PUNKTE

1. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Ersetzung der Listen von Insolvenzverfahren und Verwaltern in den Anhängen A und B der Verordnung (EU) 2015/848 über Insolvenzverfahren [erste Lesung]

= Allgemeine Ausrichtung
12403/16 JUSTCIV 241 CODEC 1298
+ COR 1
+ COR 2
+ ADD 1

vom AStV (2. Teil) am 28.9.2016 gebilligt

Der Rat bestätigte, dass Einvernehmen über den Text des Beschlussvorschlags (Dokument 12403/16 JUSTCIV 241 CODEC 1298 ADD 1) besteht, und nahm zur Kenntnis, dass das Parlament beabsichtigt, über den in dem genannten Dokument wiedergegebenen Text abzustimmen.

2. Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über europäische Erdgas- und Strompreisstatistiken und zur Aufhebung der Richtlinie 2008/92/EG [erste Lesung]

= Annahme des Gesetzgebungsakts
PE CONS 28/16 STATIS 45 ENER 262 CODEC 942
+ COR 1 (pt)

Der Rat billigte den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung, und der vorgeschlagene Rechtsakt wurde gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union bei Stimmenthaltung der österreichischen Delegation erlassen.

(Rechtsgrundlage: Artikel 338 Absatz 1 AEUV)

3. Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Einführung eines europäischen Reisedokuments für die Rückkehr illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger und zur Aufhebung der Empfehlung des Rates vom 30. November 1994 [erste Lesung]

= Annahme des Gesetzgebungsakts
PE-CONS 30/16 MIGR 126 FRONT 280 COMIX 498 CODEC 1003

Der Rat billigte den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung, und der vorgeschlagene Rechtsakt wurde gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union bei Stimmenthaltung der polnischen Delegation erlassen. Im Einklang mit den den Verträgen beigefügten einschlägigen Protokollen nahmen die dänische, die irische und die britische Delegation nicht an dieser Abstimmung teil. (Rechtsgrundlage: Artikel 79 Absatz 2 Buchstabe c AEUV]

Erklärung Frankreichs

"Die französische Delegation begrüßt das Ziel, in Bezug auf das europäische Reisedokument für die Rückkehr illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger für Harmonisierung und Rechtssicherheit zu sorgen. Was die Anwendung von Artikel 4 der Verordnung anbelangt, so nimmt sie zur Kenntnis, dass die Kommission ihr zugesichert hat, dass sie den mit der Vollstreckung der Rückkehrmaßnahmen beauftragten Behörden auch weiterhin die individuellen Daten, die Unterschrift und den Stempel der zuständigen Behörde auf elektronischem Wege übermitteln kann, damit diese vor Ort unter Beachtung der neuen technischen Sicherheitsmerkmale auf die Leerseiten gedruckt werden können."

4. Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Prozesskostenhilfe für Verdächtige und beschuldigte Personen in Strafverfahren sowie für gesuchte Personen in Verfahren zur Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls [erste Lesung]

= Annahme des Gesetzgebungsakts

PE-CONS 33/16 DROIPEN 124 COPEN 232 CODEC 1009

Der Rat billigte den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung, und der vorgeschlagene Rechtsakt wurde gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union erlassen. Im Einklang mit den den Verträgen beigefügten einschlägigen Protokollen nahmen die dänische, die irische und die britische Delegation nicht an dieser Abstimmung teil. (Rechtsgrundlage: Artikel 82 Absatz 2 AEUV)

Erklärung Polens

"Polen unterstützt den auf der Tagung des Rates am 13. Oktober 2016 zur Annahme unterbreiteten sogenannten "Kompromiss" nicht. Polen ist der Ansicht, dass die vom Rat im Februar 2015 angenommene allgemeine Ausrichtung einen angemessenen Kompromiss darstellte, der den Interessen sowohl der Mitgliedstaaten als auch der Verdächtigen und beschuldigten Personen gebührend Rechnung trug. Der vorliegende Entwurf ist eine ungerechtfertigte Konzession an das Europäische Parlament und wurde von diesem ohne Rücksicht auf die Gesamtwirkung dieses Dokuments und seine innere Kohärenz erstellt. Polen kann insbesondere die Ausweitung des Richtlinienentwurfs über den beabsichtigten Anwendungsbereich der vorläufigen Prozesskostenhilfe hinaus, den Ausschluss besonderer Bestimmungen in Bezug auf minder schwere Zuwiderhandlungen und die Verpflichtung zur Gewährung von Prozesskostenhilfe in dem Staat, der einen Europäischen Haftbefehl ausstellt, nicht unterstützen."

3. **Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems**
- a) **Dublin: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist (Neufassung) [erste Lesung]**
 - b) **Aufnahmebedingungen: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung von Normen für die Aufnahme von Antragstellern auf internationalen Schutz (Neufassung) [erste Lesung]**
 - c) **Anerkennung: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Normen für die Anerkennung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz, für einen einheitlichen Status für Flüchtlinge oder für Personen mit Anspruch auf subsidiären Schutz und für den Inhalt des zu gewährenden Schutzes sowie zur Änderung der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen [erste Lesung]**
 - d) **Verfahren: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung eines gemeinsamen Verfahrens zur Gewährung internationalen Schutzes in der Union und zur Aufhebung der Richtlinie 2013/32/EU [erste Lesung]**
 - = Sachstandsbericht
 - 12724/16 ASILE 39 CODEC 1350
 - e) **Eurodac: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Einrichtung von Eurodac für den Abgleich von Fingerabdruckdaten zum Zwecke der effektiven Anwendung der [Verordnung (EU) Nr. 604/2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist], für die Identifizierung eines illegal aufhältigen Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen und zu Ersuchen von Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und von Europol um Abgleich mit Eurodac-Daten zu Strafverfolgungszwecken (Neufassung) [erste Lesung]**
 - f) **EASO: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Asylagentur der Europäischen Union und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 439/2010 [erste Lesung]**
 - = Orientierungsaussprache
 - 12726/16 ASILE 40 EURODAC 10 ENFOPOL 312 CODEC 1351

Der Rat nahm den Stand der laufenden Beratungen über die oben genannten Vorschläge zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems auf der Grundlage der Sachstandsberichte des Vorsitzes zur Kenntnis und billigte den vom Vorsitz vorgeschlagenen dreigleisigen Ansatz für die Prüfung des Pakets während seiner Amtszeit.

Der Rat führte eine Orientierungsaussprache über die Eurodac-Verordnung und die EU-Asylagentur-Verordnung auf der Grundlage des Vermerks des Vorsitzes in Dokument 12726/16. Eine große Mehrheit der Delegationen unterstützte die Vorschläge des Vorsitzes, die auf den Ergebnissen der Beratungen auf Gruppenebene basieren.

4. Neuansiedlungsrahmen: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Neuansiedlungsrahmens der Union und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 516/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates [erste Lesung]

= Orientierungsaussprache
12717/16 ASIM 125 RELEX 803 CODEC 1348

Der Rat führte eine Orientierungsaussprache über die Verordnung zur Schaffung eines Neuansiedlungsrahmens. Die Delegationen äußerten unterschiedliche Ansichten, wobei die meisten von ihnen Bedenken in Bezug auf Aspekte wie den verbindlichen Charakter des Vorschlags oder dessen Rechtsgrundlage vorbrachten.

5. Maßnahmen der Informationstechnologie (IT) hinsichtlich des Grenzmanagements

a) Systematische Kontrollen an den Außengrenzen

- **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 562/2006 hinsichtlich eines verstärkten Abgleichs mit einschlägigen Datenbanken an den Außengrenzen [erste Lesung]**

b) Einreise-/Ausreisensystem (EES)

- i) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Einreise-/Ausreisensystem (EES) zur Erfassung der Ein- und Ausreisedaten sowie der Einreiseverweigerungsdaten von Drittstaatsangehörigen an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und zur Festlegung der Bedingungen für den Zugang zum EES zu Strafverfolgungszwecken und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 767/2008 und der Verordnung (EU) Nr. 1077/2011 [erste Lesung]**
- ii) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 2016/399 in Bezug auf die Nutzung des Einreise-/Ausreisensystems (EES) (erste Lesung)**

= Sachstandsbericht
12661/16 FRONT 364 VISA 298 SIRIS 130 CODEC 1331 COMIX 632
+ COR 1

Der Rat nahm Kenntnis von dem Ergebnis der Aussprache auf der Tagung des Gemischten Ausschusses auf Ministerebene (Dok. 13772/16 JAI 844 COMIX 671).

6. Sonstiges

= Informationen des Vorsitzes zu aktuellen Gesetzgebungsvorschlägen

Der Rat nahm Kenntnis von den Informationen des Vorsitzes zum Stand der Beratungen über die aktuellen Gesetzgebungsvorschläge.

11. Europäische Staatsanwaltschaft: Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft

= Orientierungsaussprache/Partielle allgemeine Ausrichtung

12774/2/16 REV 2 EPPO 26 EUROJUST 120 CATS 71 FIN 614 COPEN 277
GAF 57 CSC 270

12775/16 EPPO 27 EUROJUST 121 CATS 72 FIN 615 COPEN 278 GAF 58 CSC 271

13185/16 EPPO 29 EUROJUST 127 CATS 76 FIN 645 COPEN 289 GAF 62 CSC 286

Der Rat stellte fest, dass der Ansatz, der hinsichtlich der Artikel über die gerichtliche Kontrolle, die Zusammenarbeit mit Drittstaaten und internationalen Organisationen, die Zusammenarbeit mit nicht teilnehmenden Mitgliedstaaten und die Zusammenarbeit mit Eurojust gewählt wurde (siehe Dok. 13185/16), breite Unterstützung genießt. Einige Arbeiten zu diesen Bestimmungen werden auf Expertenebene fortgesetzt. Im Anschluss an eine eingehende Aussprache über den vollständigen Text des Verordnungsentwurfs und unter Berücksichtigung der Kosten/Nutzen-Analyse der Kommission erhielt der Vorsitz eindeutige Unterstützung für das Vorhaben, den gesamten Text für die Dezember-Tagung des Rates fertigzustellen. Die Experten und hochrangigen Berater sollen sich um die Klärung der noch offenen Fragen bemühen, die von den Ministern aufgelistet wurden.

12. Schutz der finanziellen Interessen der Union: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Europäischen Union gerichtetem Betrug [erste Lesung]

= Orientierungsaussprache/Sachstandsbericht

12686/1/16 REV 1 DROIPEN 147 JAI 785 GAF 55 FIN 603 CADREFIN 74
CODEC 1336

Der Rat führte eine Aussprache über die sachliche Zuständigkeit der Europäischen Staatsanwaltschaft für Mehrwertsteuerbetrug und über die Aufnahme dieser Betrugsform in den Anwendungsbereich der Richtlinie. Es wurde weitgehend akzeptiert, dass bestimmte Formen von schwerwiegendem Mehrwertsteuerbetrug in die Richtlinie aufgenommen werden sollen, und der Vorsitz erhielt den eindeutigen Auftrag, die Beratungen in diesem Sinne zu gestalten.

13. Sonstiges

= Informationen des Vorsitzes zu aktuellen Gesetzgebungsvorschlägen

Der Vorsitz informierte die Delegationen über den Stand der Verhandlungen über die verschiedenen laufenden Gesetzgebungsdossiers. Die Kommission erklärte, dass sie die Überarbeitung des ECRIS-Vorschlags noch nicht abgeschlossen hat.